



Länderpapier Deutschland

Deutschland gehört zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Union und ist mit heute ca. 82 Mio. Einwohnern der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat und die größte Volkswirtschaft Europas. Deutschland ist Mitglied des Schengen-Raums und der Eurozone. Viele entscheidende Integrationschritte, wie zum Beispiel die Wirtschafts- und Währungsunion, wurden vom sprichwörtlichen „deutsch-französischen Motor der Integration“ angestoßen.

Im Europäischen Parlament vertreten 96 Abgeordnete, die sich in den verschiedenen Fraktionen organisieren, die deutschen Unionsbürger*innen. Die Bundestagswahl im September 2017 hat die parteipolitischen Karten in Deutschland neu gemischt. Die rechtspopulistische AfD zog erstmals als Fraktion in den Bundestag ein. Angela Merkel wird aller Voraussicht nach als Bundeskanzlerin einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und den Grünen die überwiegenden Leitlinien ihrer bisherigen Regierungspolitik - auch der Anti-Terror-Politik - fortführen.

Im Februar 2016 verletzte eine 15-jährige Deutsch-Marokkanerin in Hannover einen Bundespolizisten lebensgefährlich mit einem Messer. Im Juli 2016 verletzte ein 17-jähriger Flüchtender aus Afghanistan in einem Zug Fahrgäste mit einer Axt. Ein 27-jähriger Flüchtender aus Syrien sprengte sich mit einer selbstgebauten Bombe in Ansbach vor einem Musikfestival-Gelände in die Luft. Im Dezember 2016 fuhr der Tunesier Anis Amri mit einem LKW in eine Menschenmenge auf einem Berliner Weihnachtsmarkt, wobei viele Menschen getötet oder verletzt wurden. Daraufhin flüchtete er lange Zeit unbemerkt über mehrere europäische Länder und Staatsgrenzen hinweg. Alle Taten konnten dem extremistischen, islamistischen Spektrum oder dem sogenannten Islamischen Staat zugeordnet werden.

Der Verfassungsschutz schätzt die Terrorgefahr in Deutschland als „abstrakt hoch“ ein. Laut Verfassungsschutzbericht 2016 gibt es 680 islamistische Gefährder, denen ein Terroranschlag zuzutrauen ist, sowie 10.100 Salafisten. Eine weitere Gefahr stellen die Aktivitäten und die Einflussnahme ausländischer Geheimdienste in Deutschland dar, etwa aus Russland, China oder der Türkei. Unter dem sogenannten „nicht-islamistischen, ausländischen Extremismus“ werden 30.000 Extremisten verzeichnet, darunter neben Spionen auch Anhänger der kurdischen Arbeiterpartei PKK, aber auch türkische Rechtsextremisten. Die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und des Islamischen Staates wird weiterhin als größte Herausforderung gesehen.

Deutschland hat zur effektiveren Terrorbekämpfung im November 2012 ein „Gemeinsames Extremismus- und Terrorabwehrzentrum“ von Bund und Ländern geschaffen. Darüber hinaus will die Bundesregierung die 940 Deutschen, die sich in den vergangenen Jahren nach Syrien und in den Irak abgesetzt haben, stärker überwachen. Mit einem neuen Gesetzespaket soll das Reisen sowie der Versuch des Reisens zur Vorbereitung, Planung oder Durchführung terroristischer Handlungen unter Strafe gestellt werden. Dies soll mit Maßnahmen wie der Vorratsdatenspeicherung, einer verlängerten Gefährderhaft, Abschiebungen potentieller Terroristen sowie Sanktionen gegenüber Herkunftsstaaten ergänzt werden. Deutschland unterstützt außerdem die Einrichtung eines europäischen Terrorabwehrzentrums und einen verstärkten Datenaustausch zwischen bereits existierenden Behörden.